

Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Öffentliche Kunden und Sport
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Von der Investitionsbank auszufüllen

Eingangsdatum



Investitionsbank
Sachsen-Anhalt

Kd-Nr.:

Wir beantragen die Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm

Sachsen-Anhalt REGIO

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSSTELLENDEN

- Landkreis, kreisfreie Stadt, Verbandsgemeinde, Gemeinde, Gemeindeverband, kommunaler Zweckverband
- Verein/Verband
- gemeinnützige GmbH
- Staatlich anerkannte Glaubens- oder Religionsgemeinschaft
- öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige privatrechtliche Stiftung
- öffentliches Unternehmen

1.1 Allgemeine Angaben

Name (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister) Einheitsgemeinde Hansestadt Stendal		Gründungsdatum*
PLZ 3 9 5 7 6	Ort Hansestadt Stendal	Straße, Hausnummer Markt 1
Branche/Tätigkeitsbereich*		Landkreis/Gemeindenummer Stendal / 15 09 05 35
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname) Wesling, Norbert		Vorwahl/Rufnummer/Fax (03931) 651 203
E-Mail norbert.wesling@stendal.de		
Vorsteuerabzugsberechtigt?	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> teilweise mit <input type="text"/> %

1.2 Gesellschafter

(nur ausfüllen bei Unternehmen, wenn Angaben nicht aus beigefügten Anlagen z. B. aktueller Gesellschafterliste ersichtlich; bitte auch evtl. vorhandene Geschäftsanteile der öffentlichen Hand benennen)

Name	Anteil in Euro	Anteil in %
Name	Anteil in Euro	Anteil in %

1.2 Angaben zur Vertretungsbefugnis

Name, Vorname Schmottz, Klaus	Vorwahl/Rufnummer (03931) 651 201	E-Mail klaus.schmottz@stendal.de
Name, Vorname	Vorwahl/Rufnummer	E-Mail

*nicht anzugeben bei Kommunen und Glaubens-/Religionsgemeinschaften



2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

Maßnahme/Projektitel (Kurzbezeichnung)

Brachen- und Leerstandsmanagement in den Kommunen Stendal, Tangermünde, Havelberg und Elbe-Havel-Land

Handelt es sich um ein länderübergreifendes Projekt? Ja Nein Wenn ja, bitte nachfolgend kurz erläutern

Es sind folgende Maßnahmen gemäß Ziffer 2 der Richtlinie geplant (Zutreffendes bitte ankreuzen):

Vorhaben zur regionalen Entwicklung, darunter

- Zusammenarbeit von Gemeinden zur Stärkung teilsräumlicher Entwicklungen (Interkommunale Zusammenarbeit) im Sinne von § 13 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 124 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474)
- Modellvorhaben der Raumordnung, die den überregionalen Kooperations-, Handlungs- und Entwicklungsprozess besonders beispielhaft fördern
- Vorhaben zur nachhaltigen Raumnutzung im Zusammenhang mit der Entwicklung und Gestaltung von gewachsenen und neu gestalteten Kulturlandschaften
- Standortuntersuchungen, Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, insbesondere zur Nutzung von Flächenpotentialen
- Aufbau und Stabilisierung eines regionaltypisch ausgeprägten Tourismus im Zusammenhang mit Naherholung, Naturerlebnis, Regionalkultur, Bildung oder Sozialfürsorge
- Aufbau soziokultureller Initiativen zur sozialen Selbsthilfe und zur Kulturarbeit
- Aufbau von Einrichtungen für Kommunikationsvermittlung und Wissenstransfer
- Regionales Standortmarketing

Vorhaben zur Bündelung, Kombination und Nutzung raumbezogener Informationen, darunter

- Analyse und Konzepterstellung
- Anpassung von Bestandsunterlagen und -daten
- Schaffung von technischen Infrastrukturen zur Informationsbündelung und -kombination
- Anbindung an standardisierte Zentralkomponenten
- Erstellung von Datenaustauschformaten, insbesondere X-Planung

Leistungen zur Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Flächennutzungsplänen, darunter für

- Standortvorbereitung und -sicherung von Gewerbe und Industrie einschließlich dazugehöriger Infrastruktur
- Einsatz erneuerbarer Energien, Natur- und Umweltschutz
- Anpassung an den demografischen Wandel
- Berücksichtigung der geänderten Gebietsstrukturen

Antragstellung und Kofinanzierung von Projekten im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) (ABl. L. 347 vom 20.12.2013, S.259).

Antragstellung Kofinanzierung

2.1 Geplante zeitliche Durchführung

Beginn

Tag/Monat/Jahr
01.07.2016

 Ende

Tag/Monat/Jahr
30.06.2017

2.2 Angaben zu weiteren Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und Finanzierungshilfen

Wurden für dasselbe Vorhaben weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln bzw. Finanzierungshilfen beantragt, zugesichert oder bewilligt?

Ja

Nein

Wenn ja, sind diese nachfolgend aufzuführen (siehe hierzu auch Punkt 4 i).

Bewilligende Stelle

Euro

Bewilligende Stelle

Euro

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Ausgaben (in Euro)

Sachausgaben

davon für die Jahre

Summe

20

16

20

17

Raummiete (über Projektzeitraum, sofern eine projektbezogene Anmietung erfolgt)

Mieten für technische Geräte* (über Projektzeitraum, sofern eine projektbezogene Anmietung erfolgt)

Veranstaltungskosten/Öffentlichkeitsarbeit

Versicherungen

Investive Ausgaben*

sonstige Sachausgaben*

Summe Sachausgaben

0,00

Fremdleistungen

Honorarkosten

Dienstleistungen

40.000,00

Sonstige Fremdleistungen (bitte bezeichnen)

Summe Fremdleistungen

40.000,00

20.000,00

20.000,00

Anzahl
Stellen

Anzahl
Stellen

Zusätzliches Personal**
(nur projektbezogene
Neueinstellung bzw.
Weiterbeschäftigung
von befristet
angestelltem Personal)

Reise- und Dienstreiseausgaben gem. Bundesreisekostengesetz (BRKG)

Summe Personalausgaben

0,00

Gesamtausgaben

40.000,00

20.000,00

20.000,00

3.2 Finanzierung (in Euro)

	Summe		
Eigenmittel	2.000,00	1.000,00	1.000,00
beantragte Zuwendung	32.000,00	16.000,00	16.000,00
weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln			
sonstige Drittmittel/Spenden (bitte bezeichnen)			
<input type="text" value="Kofinanzierung durch 3 Projektpartner"/>	6.000,00	3.000,00	3.000,00
<input type="text"/>			
sonstige Fremdmittel z. B. Darlehen (bitte bez.)			
<input type="text"/>			
<input type="text"/>			
Summe Finanzierungsmittel	40.000,00	20.000,00	20.000,00

Hinweise:

* Bitte gesondert aufschlüsseln ** Bitte gemäß Punkt 4. f) Begründung beifügen

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

- a) ausführliche Maßnahmebeschreibung/Projektbeschreibung unter Beachtung der folgenden Gliederung
 1. Projektbeschreibung
 - 1.1. Ausgangssituation (Darstellung der Problemlage, der Bedeutung des Projektes vor dem Hintergrund des regionalen
 - 1.2. Erwartete Ziele (Erläuterung in Bezug auf die Regionalentwicklung, aber auch bzgl. Stärkung Wirtschaftskraft und Image der Region, Erhaltung/Schaffung von Arbeitsplätzen, Vernetzung/Verbindung von Infrastrukturangeboten etc.)
 - 1.3. Zielgruppe (Benennung und Erläuterung wie diese erreicht werden soll)
 - 1.4. Inhalt des Projektes (u. a. Darstellung einzelner Projektabschnitte, Baubeschreibung (Art und Umfang der geplanten Investitionen), Zeitplan, Ausmaß der Einbindung ehrenamtlicher Mitarbeiter und deren Aufgaben etc., Dokumentation der Bereitschaft relevanter Akteure (ggf. Mitfinanzierer)
 - 1.5. Kooperationsstrukturen/Kooperationsvereinbarungen
 - 1.6. Einbeziehung vorhandener Ergebnisse anderer Projekte/Untersuchungen
 2. Nachhaltigkeit des Projektes
 - 2.1 Fortführung des Projektes (Erläuterung zur Weiterführung nach Abschluss des Förderzeitraumes unter Beifügung eines Kosten- und Finanzierungsplan für 5 Jahre nach Vorhabensabschluss)
 - 2.2 Maßnahmen zur Dokumentation und Veröffentlichung der Projektergebnisse
 3. Praxisorientierung des Projektes
 - 3.1 Art und Weise des Transfers in die Praxis
 - 3.2 Öffentlichkeitsarbeit
 4. Sonstiges (weitere für die Durchführung des Maßnahme/für das Projekt bedeutende Tatsachen)
- b) aktueller, vollständiger Registerauszug (Vereinsregister, Handelsregister o. ä.), Satzung bzw. Gesellschaftervertrag
- c) Gemeindegewirtschaftliche Stellungnahme der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde (bei kommunalen Antragstellern)
- d) Kostenangebote/qualifizierte Kostenschätzung
- e) Nachweis der Eigenmittel
 - Bestätigung der zuständigen Kommunalaufsicht (Nachweis über die Verfügbarkeit der Eigenmittel und Finanzierbarkeit der Folgekosten) bzw. Bankbestätigung
 - Bei Flächennutzungsplänen: Bestätigung der zuständigen Kommunalaufsicht (Nachweis über die Verfügbarkeit der Eigenmittel und Finanzierbarkeit der Folgekosten) über den gesamten Erstellungszeitraum der Flächennutzungspläne
- f) formlose Begründung für zusätzliches Personal (Personalausgaben des Stammpersonals sind nicht zuwendungsfähig)
- g) Nachweis der eingesetzten Drittmittel
- h) Durchführungsbeschluss über die beantragte Maßnahme
- i) bei weiteren Förderungen: Förderbescheide/Verträge in Kopie (soweit bereits vorliegend)
- j) bei länderübergreifenden Maßnahmen: Kooperationsvereinbarung mit dem Nachbarland einschließlich Kostenaufteilung
- k) bei Baumaßnahmen zusätzlich: Baugenehmigung bzw. Erklärung zur Baugenehmigungsfreiheit und dem Vorliegen aller übrigen Genehmigungen (z. B. denkmalrechtliche Genehmigung)
- l) Eigentumsnachweise (Grundbuchauszug/Auszug aus dem Eigentümerverzeichnis) oder Vorlage langfristiger Mietvertrag sowie Einverständniserklärung des Eigentümers zur Durchführung der Maßnahme einschließlich Flurkarte/Lageplan mit Standortkennzeichnung
- m) Anlage „Erklärung zur Auftragsvergabe“
- n) Außer Gebietskörperschaften: Anlage „Selbsterklärung bzgl. Einordnung öffentlicher/nichtöffentlicher Auftraggeber“
- o) Anlage „De-minimis“-Erklärung“ (nicht von Landkreisen/Kommunen vorzulegen, wenn der Fördergegenstand nichtwirtschaftliche Tätigkeiten umfasst),
- p) Planaufstellungsbeschluss des Gemeinderates (gilt nur bei Beantragung von Fördermitteln für Teilleistungen für die Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Flächennutzungsplänen)

Bitte reichen Sie das Antragsformular sowie die Maßnahmebeschreibung gemäß a) in zweifacher Ausfertigung ein.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- a) Die diesem Antrag zugrunde liegende „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt“ – Runderlass des MLV vom 18.04.2012 (Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt (MBL Nr. 20/2012, S. 346)), zuletzt geändert durch Runderlass des MLV vom 04.01.2016 (Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt (MBL Nr. 2/2016, S. 29)) – und die sich daraus im Falle einer Bewilligung für uns ergebenden Verpflichtungen, insbesondere aus den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P bzw. ANBest-GK), sind uns bekannt. Wir erkennen diese an. Es ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.
- b) Wir erklären, dass wir zahlungsfähig sind und gegen uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden ist und dass wir unverzüglich der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mitteilen, wenn bis zur Bewilligung des Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- c) Wir versichern, dass in den Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten sind, wenn diese gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) als Vorsteuer für uns abziehbar sind.
- d) Wir erklären, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides bzw. einer Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen wird. Uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gilt.
- e) Wir erklären, dass für das zu fördernde Vorhaben keine andere als die hier beantragte sowie die unter Ziffer 2.2 dieses Antrages aufgeführte(n) weitere(n) Zuwendung(en) aus öffentlichen Mitteln bei einer anderen Stelle beantragt wurde(n) oder wird/werden.
- f) Wir erklären, dass unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses die Gesamtfinanzierung gesichert ist.
- g) Wir erklären, dass dieses Vorhaben nicht im Auftrage Dritter durchgeführt wird oder werden soll.
- h) Die von uns gemachten Angaben im Antrag und in den beigefügten Unterlagen sind richtig und vollständig.
- i) Uns ist bekannt, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Wir verpflichten uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erklären wir uns damit einverstanden.
- j) Wir entbinden die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 AO) gegenüber den für die Entscheidung über diesen Antrag zuständigen Behörden.
- k) **Gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben zu den Ziffern 1.1, 1.2, 1.3, 2., 2.1, 2.2, 3.1 und 3.2 dieses Antrages, die Angaben in den gemäß Ziffer 4. a) bis 4. n) dieses Antrages einzureichenden Unterlagen bzw. beigefügten Anlagen, die Angaben in den beigefügten Anlagen gemäß Ziffer 4. o) und 4. p), dieses Antrages, die dort als subventionserheblich bezeichnet sind, sowie die Erklärungen in Ziffer 5. b), 5. c), 5. d), 5. e), 5. f) und 5. g) dieses Antrages.

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Werbeeinverständnis

Die IB kann Sie maßgeschneidert beraten und Informationen individuell auf Sie abstimmen. Bei Start und Änderungen von Förderprogrammen können wir Sie benachrichtigen. Alle Neuheiten der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfahren Sie exklusiv – wenn Sie der diesbezüglichen Nutzung Ihrer Daten zustimmen:

Wir erklären uns widerruflich damit einverstanden, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt die mit diesem Antrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten telefonisch, per Fax, E-Mail oder schriftlich zukommen zu lassen.



Ja



Nein

6.2 Einwilligung in die Datennutzung

Wir sind damit einverstanden, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Domplatz 12, 39104 Magdeburg erfasst, gespeichert und verarbeitet sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes und an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme zuständigen Dienststellen des Landes übermittelt, von diesen erfasst, gespeichert und verarbeitet werden können.

Außerdem ist uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antrag geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), diese Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist uns bekannt, dass wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen können, die Bearbeitung des Antrags dann allerdings nicht mehr möglich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Hansestadt Stendal, 24.03.2016

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Klaus Schmotz (Oberbürgermeister)

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)